

Rede zum Haushaltsplan 2024 des Kreises Unna

des Vorsitzenden der Kreistagsfraktion GFL + WfU,
Prof. Dr. Johannes Hofnagel,
am 12. Dezember 2023

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Landrat,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung,

weniger ist oft mehr, deshalb werde ich heute eine vergleichsweise kurze Rede zum vorliegenden Haushaltsplan halten.

Die GFL+WfU-Kreistagsfraktion trägt viele Positionen aus den Einzelprodukt-Haushaltspaketen mit, weil sie notwendig und politisch richtig sind.

Positiv hervorheben möchte ich insbesondere, dass wir gemeinsam das Thema Interkommunale Zusammenarbeit neu anpacken, priorisieren und hierzu erste einstimmige Beschlüsse gefasst haben. Das ist ein hoffentlich erfolgreicher Pfad. Hier an Sie alle ein Danke schön für die konstruktive Zusammenarbeit, die wir aber noch weiterführen müssen, da wir erst am Anfang dieses Projektvorhabens stehen.

Als weiteren positiven Aspekt der letzten Tage werten wir den nun Ausstieg des Landrats aus dem Projektvorhaben zur Beteiligung an einer Projektgesellschaft über die WfG zur Entwicklung der ehemaligen STEAG-Nordfläche in Lünen. Dieser Schritt ist richtig, denn letztendlich sollte der Kreis über die WfG das viel zu hohe wirtschaftliche Risiko hier nicht übernehmen; vielmehr sollte sich die Stadt Lünen auf das Planungsrecht konzentrieren und darüber die Entwicklung proaktiv und zügig begleiten. Das ist vollkommen ausreichend. Es ist bei dieser Fläche nicht nötig, dass wir als Kreis Unna ins wirtschaftliche Risiko gehen!

Es gibt aber auch bedeutende Haushaltsansätze, die wir strikt ablehnen bzw. so in der ausgeführten Form nicht mittragen können. Bzgl. der Kritikpunkte möchte ich stellvertretend einige Aspekte hervorheben:

Als erstes ist hier das Bauvorhaben der Karl-Brauckmann-Schule in Holzwickede zu erwähnen. Kurz einige Highlights aus der historischen Entwicklung des Bauvorhabens zu dieser Schule:

- 2008 wurde der Anbau von zwei Klassenräumen und eine energetische Sanierung ins Auge gefasst.
- 2009 wurde ein Grundsatzbeschluss für eine energetische Sanierung gefasst: Kostenschätzung 1,4 Mio Euro. Eine energetische Sanierung ist aber nicht erfolgt.
- 2019 wurde dann beschlossen, aufgrund der Raumnot einen Anbau zu errichten (Kostenschätzung 2,5 Mio Euro). Die Kostenschätzung für die energetische Sanierung erhöhte sich zum damaligen Zeitpunkt auf 8 Mio. Euro. Damit lag eine Kostenschätzung von insgesamt 10.5 Mio Euro vor.
- Was ist seither passiert?
Antwort: Inzwischen beläuft sich die Gesamtkostenschätzung per Ende 2023 auf sage und schreibe 25,1 Mio Euro. Und das Ende der Fahnenstange ist wohl immer noch nicht in Sicht. Fördergelder wurden auch aus unserer Sicht in nicht ausreichender Form genutzt (Stichwort "Gute Schule"). Und letztendlich stellt sich die ganz entscheidende Frage, ob ein kompletter Neubau bei solch einer eklatanten Kostensteigerung von rund 10 Mio. Euro auf 25 Mio. Euro nicht die bessere Handlungsalternative ist. Eine solche fundierte Alternativen-Betrachtung erfolgte aktuell aber nicht und wird offensichtlich auch nicht für erforderlich gehalten. Dies stufen wir als einen sehr bedeutenden Planungs- und Entscheidungsfehler ein, den wir nicht mittragen.

Weiterhin ist zu kritisieren, dass wir gegenüber Bund und Land bisher zu wenig erreicht haben bzgl. der kompletten Übernahme der Ausgaben für den sozialen Bereich. Denn diese Ausgabenpositionen im Kreishaushalt stellen den größten Ausgabenblock dar, widersprechen dem Konnexitätsprinzip und ziehen uns haushälterisch unter Wasser. Bemühungen fanden zwar statt, aber mit insgesamt noch nicht ausreichenden Ergebnissen. Hier muss noch mehr getan werden.

In diesem Zuge möchte ich auch auf die LWL-Umlage, die einen bedeutenden Kostenblock im Kreishaushalt darstellt, eingehen. Insbesondere die Sozialausgaben des LWL sind zum Großteil richtig und wichtig, doch sind diese Ausgabenpositionen des LWL in der überwiegenden Anzahl vom Bund und Land zu tragen.

Ein weiterer besonders kritischer Punkt betrifft die immer noch nicht erfolgte Übernahme von Altschulden in den kommunalen Haushalten durch Bund und Land und die haushälterische Behandlung heutiger Auszahlungen und deren ergebnisbelastender Verschiebung in die Zukunft und somit auf die jüngere Generation.

Bei dem letztgenannten Punkt spreche ich hier also die von der NRW-Landesregierung ausgegebenen Regelungen an, wonach die NKF-Bilanzierungshilfe verlängert und durch weitere Regelungen wohl noch ausgeweitet werden soll. Mit diesen Regelungen zur kommunalen Haushaltsführung werden bspw. Verluste in der Ergebnisrechnung infolge der Corona-Krise und des Ukraine-Kriegs in die Zukunft verschoben.

Nur durch diese Bilanzierungstricks kamen und kommen viele kommunale Haushalte in ihren Ergebnisrechnungen überhaupt noch aus der Verlustzone und wieder in die Gewinnzone.

Um es klar zu sagen: Bezahlen sollen diese Bilanztricks der Landesregierung somit nachfolgende Generationen, die ohnehin schon durch den kommunalen Altschuldenberg und zukünftige Klimafolgewirkungen vor erhebliche Herausforderungen gestellt werden - Hausforderungen, deren Dimension wir heute noch gar nicht genau absehen können.

Die vom Land geplanten "Bilanzierungshilfen" sind aus unserer Sicht keine Hilfen, sondern eher nur Bilanzierungstricks, die die Lasten auf die junge Generation verschieben.

Für die GFL+WfU-Kreistagsfraktion stellt sich die Frage, ob solche Bilanzierungstricks rechtlich überhaupt haltbar und zumindest moralisch mit Blick auf die gebotene Generationengerechtigkeit überhaupt vertretbar sind.

Die GFL+WfU-Kreistagsfraktion lehnt solche Praktiken ab! Wir stehen zu Bilanzierungsgrundsätzen von Klarheit und Übersichtlichkeit sowie zum Grundsatz der Bilanzwahrheit und der Generationengerechtigkeit.

Der letzte beispielhafte Kritikpunkt, den ich erwähnen möchte, bezieht sich auf die in der Planbilanz ausgewiesene Höhe des Eigenkapitals. Aus unserer Sicht hätte der Kreis Unna in der für alle Kommunen im Kreis so angespannten Haushaltslage die Kreisumlage unbedingt durch eine höhere Inanspruchnahme der Rücklagen (als Unterposition des Eigenkapitals) stärker entlasten müssen. Dies ist leider nicht erfolgt.

Die GFL+WfU-Kreistagsfraktion hat das Für und Wider des geplanten Haushalts 2024 abgewogen. Aus unserer Sicht überwiegen trotz vieler richtiger Haushaltsansätze die sehr bedeutsamen negativen Aspekte, wie gerade anhand von einigen Beispielen dargelegt.

Aus diesem Grunde werden wir dem Stellenplan und einige bedeutende Produkthaushalte sowie den heutigen Änderungsantrag zum Erhalt der Schulsozialarbeit zwar zustimmen, den Gesamthaushalt als Gesamtpaket allerdings aus den genannten Gründen ablehnen.

Bevor ich nun zum Schluss meiner Rede komme, möchten wir Ihnen und insbesondere dem gesamten Verwaltungsteam für die im Kreis sehr konstruktive Arbeit bedanken.

Lassen Sie uns gemeinsam für den Kreis noch mehr erreichen. Engagieren wir uns gemeinsam, damit es dem Kreis und seinen kreisangehörigen Kommunen zukünftig besser geht.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Wechsel in das neue Jahr 2024 und vor allem Gesundheit und Zuversicht!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.